

NDB-online Artikel

Albrecht, *Ernst* Carl Julius

1930 – 2014

Jurist, CDU-Politiker, Ministerpräsident

Als Ministerpräsident prägte Ernst Albrecht in seiner langen Regierungszeit von 1976 bis 1990 das Bundesland Niedersachsen und die niedersächsische CDU. Er verband eine moderne Wirtschafts- und Technologiepolitik mit einer traditionellen Familien- und Sozialpolitik. In seine Regierungszeit fallen auch die langjährigen Auseinandersetzungen um die Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben.

Geboren am 29. Juni 1930 in Heidelberg

Gestorben am 13. Dezember 2014 in Burgdorf-Beinhorn

Grabstätte in Burgdorf-Beinhorn

Konfession evangelisch-lutherisch

Tabellarischer Lebenslauf

1935 1948 Schulbesuch (Abschluss: Abitur) Volksschule; Gymnasium
Bremen; Verden; Brake (Oldenburger Land)

1948 1951 Studium der Philosophie und Evangelischen Theologie (Abschluss:
BA-Examen) Universität Tübingen; Ithaca (New York, USA); Basel

1951 1953 Studium der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften (Abschluss:
Diplom-Volkswirt) Universität Tübingen; Bonn

1954 1956 Attaché Ministerrat der Montanunion Brüssel

1956 1958 Sektionsleiter Regierungskonferenz zur Ausarbeitung der
Römischen Verträge Brüssel

1958 1967 Kabinettschef des EWG-Kommissars Hans von der Groeben (1907–
2005) EWG-Kommission Brüssel

1959 Promotion (Dr. rer. pol.) Universität Bonn

1967 1970 Generaldirektor für Wettbewerb EWG-Kommission Brüssel

1969 Mitglied CDU

1970 1990 Abgeordneter der CDU Niedersächsischer Landtag Hannover

1971 1976 Mitglied der Geschäftsleitung Bahlsen KG Hannover

1976 1990 Ministerpräsident Niedersächsische Landesregierung Hannover

1979 1990 Stellvertretender Bundesvorsitzender CDU Bonn

1990 1997 Aufsichtsratsvorsitzender EHW Thale AG Thale am Harz

2007 Aufsichtsratsmitglied GP Papenburg AG Hannover

Genealogie

Vater **Carl Eduard Albrecht** 1902–1965 Dr. med., Arzt

Großvater väterlicherseits **Carl Albrecht** 1875–1952 Kaufmann

Mutter **Adelheid (Adda) Albrecht** , geb. Berg geb. 1896 Dr. phil.,
Germanistin
Bruder **Georg Alexander Albrecht** geb. 1935
Heirat 1953
Ehefrau **Heide-Adele Albrecht** , geb. Stromeyer 1928–2002 Dr. phil.,
Germanistin
Sohn **Lorenz Albrecht** 1956–2005
Tochter **Ursula von der Leyen** , geb. Albrecht geb. 1958 CDU-Politikerin;
niedersächsische Landesministerin; Bundesministerin; Präsidentin der
Europäischen Kommission
Tochter **Eva-Benita Albrecht** 1960–1971
Sohn **Hans-Holger Albrecht** geb. 1963 Jurist, Manager
weitere Kinder drei Söhne
?Carl Albrecht (1875–1952)

?Carl Eduard Albrecht (1902–1965)

?Adelheid (Adda) Albrecht, geb. Berg (geb. 1896)

Georg Alexander Albrecht (geb. 1935)

Albrecht, Ernst (1930 – 2014)

☉ | ☽ | ♥

?Heide-Adele Albrecht, geb. Stromeyer (1928–2002)

Lorenz Albrecht (1956–2005)

?Hans-Holger Albrecht (geb. 1963)

?Ursula von der Leyen, geb. Albrecht (geb. 1958)

Eva-Benita Albrecht (1960-1971)

Albrecht, Ernst (1930 - 2014)

Genealogie

Vater

Carl Eduard Albrecht

1902-1965

Dr. med., Arzt

Großvater väterlicherseits

Carl Albrecht

1875-1952

Kaufmann

Großmutter väterlicherseits

Mutter

Adelheid (Adda) Albrecht

geb. 1896

Dr. phil., Germanistin

Großvater mütterlicherseits

Großmutter mütterlicherseits

Bruder

Georg Albrecht

geb. 1935

Heirat

Ehefrau

Heide-Adele Albrecht

1928-2002

Dr. phil., Germanistin

Nach dem Abitur in Brake 1948 studierte Albrecht Philosophie und Evangelische Theologie in Tübingen, Ithaca (New York, USA) und Basel, wo er Vorlesungen bei Karl Jaspers (1883-1969) hörte. Im Anschluss an das Bachelor-Examen 1951 begann er ein Studium der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften, das er 1953 als Diplom-Volkswirt beendete. 1959 folgte die Promotion zum Dr. rer. pol. in Bonn.

Seit 1954 als Beamter beim Ministerrat der Montanunion in Brüssel, war Albrecht 1957 als Leiter der Sektion „Gemeinsamer Markt“ an der Aushandlung der Römischen Verträge beteiligt. Von 1958 bis 1967 leitete er als Kabinettschef das Büro des Kommissars bei der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft Hans von der Groeben (1907-2005), ehe er zum Generaldirektor für Wettbewerb berufen wurde.

Albrecht bewarb sich 1970 erfolgreich um ein Landtagsmandat für die CDU, der er 1969 beigetreten war, und war bis 1990 Landtagsabgeordneter. 1971

zog er mit seiner Familie von Brüssel in die Nähe von Hannover und wurde Geschäftsführer bei der Bahlsen KG. 1976 trat er nach dem altersbedingten Rücktritt des SPD-Ministerpräsidenten Alfred Kubel (1909–1999) im Landtag als Kandidat der CDU-Fraktion gegen den bisherigen niedersächsischen SPD-Finanzminister Helmut Kasimier (1926–2013) an. Überraschend durch Überläufer aus der sozialliberalen Regierungsfraktion zum ersten CDU-Ministerpräsidenten Niedersachsens gewählt, bildete Albrecht eine Minderheitsregierung, die durch eine Koalition mit der FDP im Januar 1977 die parlamentarische Mehrheit erhielt. Die Landtagswahlen 1978 und 1982 konnte die CDU mit absoluter Mehrheit gewinnen, nach der Landtagswahl 1986 war sie wieder auf eine Koalition mit der FDP angewiesen. 1990 endete die Ära Albrecht, als die SPD mit Gerhard Schröder (geb. 1944) die Wahl für sich entschied und eine rot-grüne Landesregierung bildete. Albrecht zog sich in das Privatleben und auf das Familiengut in Burgdorf-Beinhorn zurück.

Als Ministerpräsident senkte Albrecht die Verschuldung Niedersachsens, baute die Arbeitslosigkeit im Land durch Ausbau der industriellen Infrastruktur und Abbau von Bürokratie für die Wirtschaft ab, errichtete ein flächendeckendes, vom Land finanziertes Netz von Sozialstationen für die Alten- und Krankenpflege und initiierte 1979 die Aufnahme von 1000 vietnamesischen Boat-People in Niedersachsen. Zur Stärkung des Landesbewusstseins führte er 1981 den „Tag der Niedersachsen“ ein und gründete 1986 die Stiftung Niedersachsen zur Förderung von Wissenschaft, Kunst und Kultur. Medienpolitisch setzte Albrecht sich seit 1979 für die Brechung des Monopols der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ein, schloss 1980 mit Hamburg und Schleswig-Holstein einen neuen Staatsvertrag über den Norddeutschen Rundfunk ohne Monopolklausel und erreichte mit dem niedersächsischen Landesrundfunkgesetz 1984 die Zulassung privater Fernsehsender; die Lizenzvergabe durch die Landesregierung wurde jedoch vom Bundesverfassungsgericht 1986 für grundgesetzwidrig erklärt. 1988 geriet Albrechts Regierung in Turbulenzen, als die sog. Spielbankenaffäre, das Bekanntwerden von Parteispenden eines Spielbankbetreibers, zu einem Untersuchungsausschuss des niedersächsischen Landtags und dem Rücktritt des Innenministers Wilfried Hasselmann (1924–2003) führten.

Als Ministerpräsident und stellvertretender CDU-Vorsitzender (1979–1990) hatte Albrecht großen bundespolitischen Einfluss: 1979 wurde er vom CDU-Bundesvorstand als Kanzlerkandidat für die Bundestagswahl 1980 nominiert, verlor aber die Abstimmung in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion knapp gegen Franz Josef Strauß (1915–1988). Eine Kandidatur für das Amt des Bundespräsidenten auf Vorschlag von Bundeskanzler Helmut Kohl (1930–2017) lehnte Albrecht 1983 ab.

Mit der Diskussion über den Bau einer Wiederaufbereitungsanlage als Teil eines von Albrecht seit 1977 verfolgten atomaren Entsorgungs- und Endlagerkonzepts in Gorleben entstand in Niedersachsen eine starke Anti-Atomkraft-Bewegung mit Großdemonstrationen, die in den 1970er und 1980er Jahren die Innenpolitik des Landes prägte und 1982 zum Einzug der Grünen in den Landtag führte. Nach einer von Protesten begleiteten Expertenanhörung 1979 vertrat Albrecht die Meinung, dass das Projekt „politisch nicht

durchsetzbar“ sei; die Pläne für eine Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben wurden nicht weiterverfolgt. Das Endlagerprojekt Gorleben wurde wegen mangelnder geologischer Eignung des Geländes 2020 beendet.

Auszeichnungen

1976 Ehrenring der Stadt Cuxhaven

1979 Großes Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland

1983 Großes Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland mit Stern und Schulterband

1985 Schlesienschild der Landsmannschaft Schlesien

1987 Großes goldenes Ehrenzeichen am Bande der Republik Österreich

1989 Großkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland

1992 Großkreuz des Verdienstordens der Republik Portugal

1999 Niedersächsische Landesmedaille

Quellen

Nachlass:

Privater Nachlass im Familienbesitz.

Weitere Archivmaterialien:

Hauptstaatsarchiv Hannover, Handakten 1976-1990.

Werke

Haftungsverhältnisse der Montangemeinschaft, 1959. (Diss. rer. pol.)

Der Staat – Idee und Wirklichkeit. Grundzüge einer Staatsphilosophie, 1976.

25 Jahre Römische Verträge. Von der Europäischen Gemeinschaft zur Europäischen Union, 1982. (Hg.)

Die Soziale Marktwirtschaft erneuern: Arbeit – Wachstum – Umwelt, 1983. (Hg.)

Erinnerungen – Erkenntnisse – Entscheidungen. Politik für Europa, Deutschland und Niedersachsen, 1999.

Literatur

Rolf Zick, Die CDU in Niedersachsen. Eine Chronik, 2008.

Manfred von Boetticher, Die „Ära Albrecht“ (1976–1990), in: Gerd Steinwascher (Hg.), Geschichte Niedersachsens von der Weimarer Republik bis zur Wiedervereinigung, 2010, S. 735–806.

Christian Werwarth, Der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht (1976–1990). Annäherung an einen Unnahbaren. Politische Führung in Niedersachsen, 2014.

Detlef Schmiechen-Ackermann/Jenny Hagemann/Christian Hellwig/Karolin Quambusch/Wienke Stegmann (Hg.), Der Gorleben-Treck 1979. Anti-Atom-Protest als soziale Bewegung und demokratischer Lernprozess, 2020.

Klaus Wallbaum, Ernst Albrechts politisches Erbe: Wie Niedersachsen bis heute von der Wahl des Ministerpräsidenten 1976 geprägt wird, 2021. (P)

Onlineressourcen

Informationssystem des Niedersächsischen Landtags.

Konrad Adenauer Stiftung.

Vernetzte Angebote der Deutschen Biographie.

Porträts

Fotografien von Guenay Ulutunçok (geb. 1954), Fotoarchiv des Archivs für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin.

Autor

→Andreas Grau (Bonn)

Empfohlene Zitierweise

Grau, Andreas, „Albrecht, Ernst“ in: NDB-online, veröffentlicht am 01.10.2022, URL: <https://www.deutsche-biographie.de/123444454.html#dbocontent>

Lizenziert unter CC-BY-NC-ND (<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de>)

30. April 2024

© Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften
